

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

23.2.1925 (No. 45)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Nr. 2515

Verantwortlich:
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. n.
Karlsruhe

Abzugspreis: In Karlsruhe und umhört frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig. Sonntags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Tag. Bei Wiederholungen wird besonderer Rabatt, der als Kassenabzug gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsdruck, Verweigerung der Abrechnung, bei der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für Abrechnung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der Gesamtarbeitsmarkt in Baden hat in der Woche vom 12.—18. Februar eine weitere Besserung erfahren. Dies gilt vor allem von männlichen Arbeitsmarkt. Am 11. Februar waren auf 100 bei den badischen Arbeitsnachweisen vorhandenen offenen Stellen 2475 männliche Arbeitsjünglinge, am 18. Februar noch 1796. Die Gesamtantragsziffer betrug 1951 gegenüber 1152 am 11. Februar. Diese günstige Entwicklung beruht nicht auf einer Abnahme der Zahl der Arbeitsjünglinge, sondern ausschließlich auf einem vermehrten Angebot von offenen Stellen (insgesamt 3520 gegenüber 2851 am 11. Februar). Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ging ebenfalls weiter zurück. Es ist eine Senkung der Erwerbslosenziffer um 340 festzustellen. Am 18. Februar sind noch 1738 unterstützte Erwerbslose in Baden vorhanden.

Im Bruchaler Bezirk macht sich eine Belebung im Steinergewerbe bemerkbar. Im Heidelberger Bezirk war die Industrie der Steine und Erden aufnahmefähig. Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes der metallverarbeitenden Industrie hat sich weiter leicht gebessert. Besonders bestanden Nachfrage nach Facharbeitern. In Karlsruhe waren Spezialarbeiter hauptsächlich von der Nähmaschinenindustrie und dem Automobilbau gesucht. Nach Kupferfächern, Maschinen- und Handformern bestand Nachfrage. In Mannheim verringerte sich die Zahl der arbeitssuchenden Facharbeiter weiter. Aus dem Handwerk waren hauptsächlich Wäschelocher gefragt. Unterbringungsmöglichkeiten bestanden auch für Kleider-, Dreher-, Maschinenfächler und Kranenmonteure. Aber eine Besserung der Lage wird auch aus dem Kattier- und Singener Bezirk berichtet. Der Beschäftigungsgrad der Schmiedewarenindustrie hat allen Anzeichen nach seine Höchstgrenze erreicht. Es sind noch 3-4000 Arbeitskräfte in Arbeit beschäftigt. Allgemein wird über ein merkliches Nachlassen der Bestellungen geklagt.

Die Arbeitsmarktlage der elektrotechnischen Industrie des Oberrheins ist verhältnismäßig günstig. Verschiedentlich sind Neueinstellungen erfolgt.

Die Textilindustrie des Oberrheins hat ungedeckten Bedarf an Facharbeitern und weiblichen Arbeitskräften.

In der Papierindustrie des Oberrheins wird teilweise mit Überstunden gearbeitet, in der des Kattier Bezirkes ist eine kleine Belebung des Arbeitsmarktes festzustellen.

Die Weinheimer Lederindustrie ist im allgemeinen gut beschäftigt, dagegen besteht im Oberrhein in geringem Maße Nachfrage. In Karlsruhe sind Auto- und Klummbeltpolierer gesucht.

Im Holzgewerbe ist der Bedarf an tüchtigen Arbeitern größer geworden (Mannheim, Karlsruhe, Kattier).

Das Bekleidungs- und Schuhgewerbe ist, soweit Schneider in Frage kommen, gut beschäftigt. In Mannheim konnte die erhöhte Nachfrage nach Großstädterarbeiten nicht befriedigt werden. Friseur- und Friseurinnen sind weiter gesucht.

Im Baugewerbe ist fast überall eine Besserung der Lage festzustellen.

Im Baden-Badener Fremdenverkehr ist die Nachfrage nach jungen Mädchen immer noch ungedeckt; an sonstigem Hilfspersonal besteht Überangebot. In Mannheim hielt die rege Vermittlungstätigkeit auch in der Berichtswöch an.

Eine Rede des Reichsernährungsministers

Auf der 98. Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die am 18. Februar in Berlin ihren Abschluss fand, wies der Vorsitzende in seinen Eröffnungsworten auf die überaus schwere und für die gesamte Volkswirtschaft kritische Zeit hin, durch die besonders die Landwirtschaft hart betroffen werde. Es handele sich hier um Sein oder Nichtsein. Gerade von der Stärkung der Landwirtschaft hänge das Wohl unserer gesamten heimischen Wirtschaft ab.

Reichsminister Graf Kautz überbrachte die Grüße der Reichsregierung, die sich des Wertes und der aufopfernden Arbeit wohl bewusst sei, die die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft zum Nutzen des Vaterlandes leistet. Der Minister wies auf die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft hin, die einen krisenhaften Charakter angenommen habe, der vor allem in dem Sinken der Preise, dem Preisdruck der Produktionsmittel und in der Minderernte des vorigen Jahres zum Ausdruck komme. Es sei falsch zu sagen, daß der Landwirtschaft nur durch Kredit geholfen werden könne. Kredite könnten niemals die Produktionsbedingungen verbessern. Es sei Zeit, daß die Parlamente endlich an die Erledigung der Sache herangehen, die der Landwirtschaft wieder den nötigen Spielraum geben sollen. Mit Rücksicht auf die Erschöpfung der Währungsreserven und die Ausföpfung des inneren Geldmarktes, entsehe die erste Frage, das Ausland, wie an der deutschen Industrie, so auch an der deutschen Landwirtschaft zu unterstützen. Relativ günstige Vorverhandlungen seien im Gange, die aber unzureichend seien einmal von der Lösung des Währungsproblems, das nicht übertrieben werden dürfe, dann von der Schaffung einer Rentenbankkreditanstalt. Sehr wichtig seien die kommenden und schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Eine baldige Erledigung der Zollfrage sei für die Landwirtschaft eine unerläßliche Forderung. Zum Schluss wies der Minister nochmals auf die hohe Bedeutung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hin, ohne die die deutsche Landwirtschaft schon ganz zum Erliegen gekommen wäre.

Die Antwort des Finanzministers Dr. Köhler auf die Schluchseewerk-Interpellation im Landtag

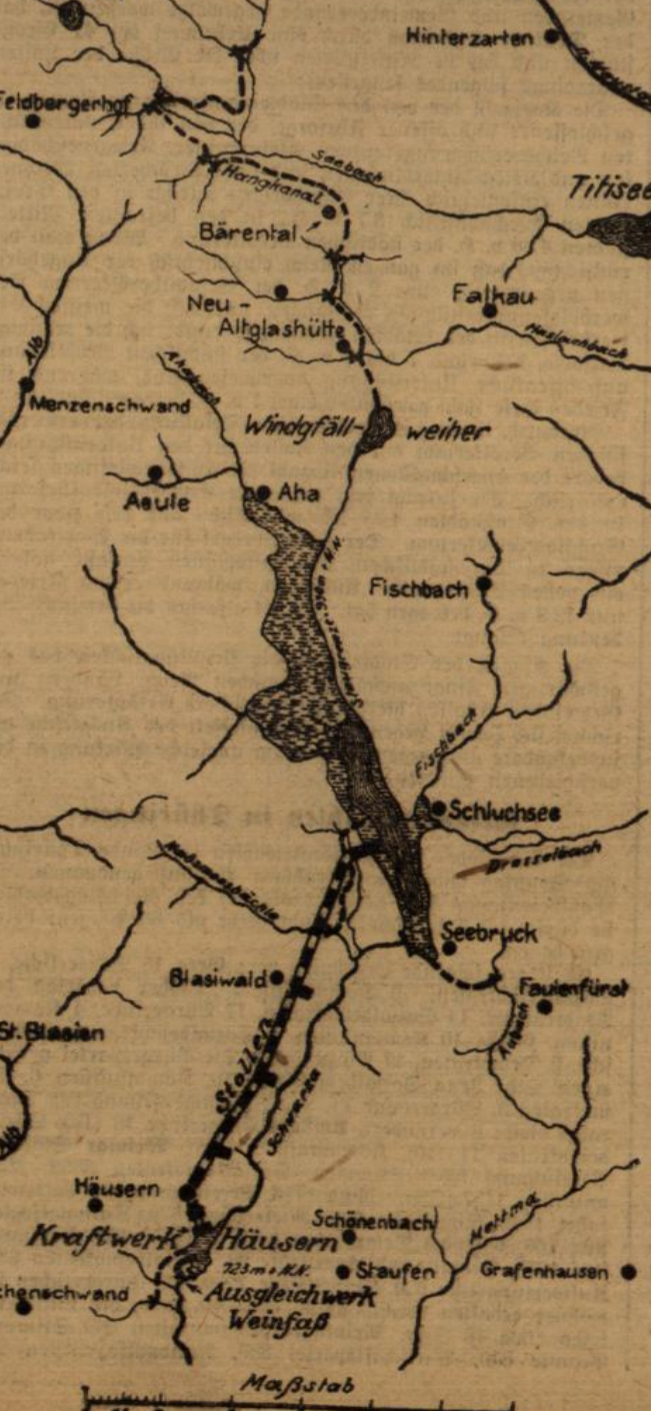
Das Schluchseewerk im Rahmen der badischen Wasserversorgung III.

Die Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) veranstaltete in den Jahren 1921/1922 einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Ausnutzung der Wasserkraft im Gebiet zwischen Butsch und Oberer Alb. Dem Preisgericht, das aus den Herren Geh. Baurat Bloß-Berlin, Oberingenieur Demmel in Baden (Schweiz), Oberbaurat Dr. Meythaler-Karlsruhe, Oberbaurat Professor Dr. Hebbel an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und Oberregierungsrat Schellenberg in Karlsruhe bestand, wurden 20 Entwürfe zur Beurteilung vorgelegt. Die Preisrichter waren der einmütigen Auffassung, daß das Schluchseewerk ein erstklassiges Wasserkraftwerk darstelle und in hohem Grade bauwürdig und wirtschaftlich sei. Auf Grund der allgemeinen Vorschläge in den preisgekrönten Entwürfen gab das Preisgericht Richtlinien für die endgültige Entwurfsgestaltung. Die weitere Bearbeitung des Entwurfs erfolgte durch die Wasser- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe. Das Schluchseewerk zerfällt hiernach in drei Stufen, die unabhängig voneinander je nach dem Kraftbedarf erstellt werden können, und nach Oberstufe, Mittelstufe und Unterstufe unterschieden sind.

Die Oberstufe nützt den Schluchsee und das Gefälle der Schwarza zwischen Schluchsee und Schwarzabrad bei Häusern aus. Der Abfluß aus dem Schluchsee wird durch die Beileitung von Quellbächen benachbarter Flüsse verstärkt. Der Schluchsee wird durch eine Aufstauung um 30 Meter zu einem Gebirgssee von 7,3 Kilometer Länge und einem Nutzinhalt von 108 Millionen Kubikmeter gegenüber bisher 10 Millionen Kubikmeter. Durch die Aufstauung des Sees werden also etwa rund 100 Millionen Kubikmeter Stauraum gewonnen. Die Staugrenze liegt 2 Meter unter der Schienenhöhe der Eisenbahn zwischen Schluchsee und Seeburg. Das Werkwasser wird durch einen 6 Kilometer langen Stollen von 4 Meter Lichtweite nach Häusern geleitet und mittels einer Rohrleitung dem Kraftwerk bei Schwarzabrad zugeführt. Hier wird das Wasser im Mittel mit 204 Meter Nutzhöhe in 4 Turbinen zum Antrieb von elektrischen Stromerzeugern ausgenutzt. Die Turbinen gießen das Wasser in den Ausgleichsweiher „Schwarzabrad“, der 1,7 Millionen Kubikmeter Nutzinhalt enthält. Ausgenutztes Werkwasser und in der anschließenden Mittelstufe nicht speicherbare Zuflüsse können mittels Pumpen nach dem Schluchsee zurückgeführt und dort gespeichert werden. Aus dem Schwarzabrad gelangt das Wasser späterhin in den Zuleitungsstollen der Mittelstufe. Da indessen zunächst nur die obere Stufe gebaut wird, ist im Anschluß an den Umgehungsstollen der Schwarzabrad im Gewann Weinfäß ein Ausgleichskraftwerk vorgegeben, in dem das Bedengefälle ausgenutzt wird. Die Erzeugung der Oberstufe im Teilarbau mit 2 Maschinenätzen einschließlich der des Ausgleichswerkes beträgt aus natürlichem Zufluß 44 Millionen K.W.-Stunden. Vorläufig wird mit einem Maschinenjahr eine Hochdruckzentrifugalpumpe verbunden. Dadurch kann die Erzeugung bei Vorhandensein genügender Überflutungsstrommengen zum Antrieb der Speicherpumpe schon jetzt auf etwa 55 Millionen K.W.-Stunden gesteigert werden. Beim Vollausbau der Maschinenanlage auf 4 Maschinenätze mit zusammen 72 000 K.W.-Stunden und 4 Pumpen ergibt sich aus dem natürlichen Zufluß eine Erzeugung, die unter voller Ausnutzung der hydraulischen Akkumulation auf 126 Millionen K.W.-Stunden gesteigert werden kann.

Das Schluchseewerk

Zur Erläuterung der Rede des Finanzministers Dr. Köhler bringen wir eine Übersichtskarte über den zur Beileitung und zur Baugenehmigung der Behörde vorgelegten Entwurf des Schluchseewerkes.



folgte durch die Wasser- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe. Das Schluchseewerk zerfällt hiernach in drei Stufen, die unabhängig voneinander je nach dem Kraftbedarf erstellt werden können, und nach Oberstufe, Mittelstufe und Unterstufe unterschieden sind.

Die Oberstufe nützt den Schluchsee und das Gefälle der Schwarza zwischen Schluchsee und Schwarzabrad bei Häusern aus. Der Abfluß aus dem Schluchsee wird durch die Beileitung von Quellbächen benachbarter Flüsse verstärkt. Der Schluchsee wird durch eine Aufstauung um 30 Meter zu einem Gebirgssee von 7,3 Kilometer Länge und einem Nutzinhalt von 108 Millionen Kubikmeter gegenüber bisher 10 Millionen Kubikmeter. Durch die Aufstauung des Sees werden also etwa rund 100 Millionen Kubikmeter Stauraum gewonnen. Die Staugrenze liegt 2 Meter unter der Schienenhöhe der Eisenbahn zwischen Schluchsee und Seeburg. Das Werkwasser wird durch einen 6 Kilometer langen Stollen von 4 Meter Lichtweite nach Häusern geleitet und mittels einer Rohrleitung dem Kraftwerk bei Schwarzabrad zugeführt. Hier wird das Wasser im Mittel mit 204 Meter Nutzhöhe in 4 Turbinen zum Antrieb von elektrischen Stromerzeugern ausgenutzt. Die Turbinen gießen das Wasser in den Ausgleichsweiher „Schwarzabrad“, der 1,7 Millionen Kubikmeter Nutzinhalt enthält. Ausgenutztes Werkwasser und in der anschließenden Mittelstufe nicht speicherbare Zuflüsse können mittels Pumpen nach dem Schluchsee zurückgeführt und dort gespeichert werden. Aus dem Schwarzabrad gelangt das Wasser späterhin in den Zuleitungsstollen der Mittelstufe. Da indessen zunächst nur die obere Stufe gebaut wird, ist im Anschluß an den Umgehungsstollen der Schwarzabrad im Gewann Weinfäß ein Ausgleichskraftwerk vorgegeben, in dem das Bedengefälle ausgenutzt wird. Die Erzeugung der Oberstufe im Teilarbau mit 2 Maschinenätzen einschließlich der des Ausgleichswerkes beträgt aus natürlichem Zufluß 44 Millionen K.W.-Stunden. Vorläufig wird mit einem Maschinenjahr eine Hochdruckzentrifugalpumpe verbunden. Dadurch kann die Erzeugung bei Vorhandensein genügender Überflutungsstrommengen zum Antrieb der Speicherpumpe schon jetzt auf etwa 55 Millionen K.W.-Stunden gesteigert werden. Beim Vollausbau der Maschinenanlage auf 4 Maschinenätze mit zusammen 72 000 K.W.-Stunden und 4 Pumpen ergibt sich aus dem natürlichen Zufluß eine Erzeugung, die unter voller Ausnutzung der hydraulischen Akkumulation auf 126 Millionen K.W.-Stunden gesteigert werden kann.

Als Mittelstufe für den Ausbau des Schluchseewerkes ist die Ausnutzung des Gefalles zwischen Schwarzabrad und Wignau im Schwarzatal vorgeschlagen. Außer dem Werkwasser der Oberstufe soll bei dieser Mittelstufe auch das Wasser der Alb und der Mettna herangezogen werden unter Stauung der Alb bei der Schmelze unterhalb St. Blasien. Die gesamte Nutzerzeugung dieser Stufe ist nach Abzug der Wasserabgabe für die Landwirtschaft und des Kraftriidersabes an geschädigte Triebwerke im Mittel zu jährlich 161 Millionen K.W.-Stunden hochwertiger Tageskraft geschätzt.

In der Unterstufe soll das Werkwasser der Mittelstufe und die Zuflüsse aus den noch nicht erschlossenen Einzugsgebieten der Schwarza, Mettna und Schlucht oberhalb des Schluchtbedens und das Gefälle zwischen diesem und dem Rhein bei Waldshut ausgenutzt werden. Die Nutzerzeugung dieser Stufe ist zu 84 Millionen K.W.-Stunden geschätzt.

Von diesem Entwurf ist aber zunächst nur die Erstellung der Oberstufe in Aussicht genommen, und es sind deshalb auch nur für diese Oberstufe die endgültigen Pläne ausgearbeitet worden.

In den zur Erweiterung stehenden Anträgen ist zunächst von den eingeleiteten Vorarbeiten die Rede. Es wird befürchtet, man beabsichtige, dem geordneten Verfahren vorzugreifen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese Absicht hat nie bestanden. Es handelt sich um folgende Vorarbeiten:

1. Die Reichsbahn hat in den letzten Jahren auf der Nordseite des Schluchsees den Bahndamm für die Strecke Titisee-Seeburg ausführen lassen. Wenn das Schluchseewerk gebaut wird, wird die entlang dem Damm führende unterhalb der Bahn liegende Straße eingekaut werden. Es ist daher ihre Verlegung oberhalb der Bahn notwendig. Soweit hierzu die Befreiung von Felsmassen und Erdbewegungen erforderlich ist, können die Arbeiten, sobald die Bahn in Betrieb ist, sofort

führung der Bahnlinie nicht mehr durchgeführt, sie müssen also vorher geleistet werden. Außerdem waren mit Rücksicht auf den Stauee am Bahndamm gewisse Verstärkungen notwendig, die man selbstverständlich gleichzeitig mit dem Bau des Damms ausgeführt hat.

2. Die Forstverwaltung hat eine Straße links der Schwarz vom Weinfäß bei Häusern aufwärts gegen Seeburg im Interesse der Erleichterung der Holzabfuhr gebaut. Hierzu hat das wegen etwaiger künftiger Transporte an der Straße interessierte Badenwerk keinen Zuschuß gewährt.

3. Schließlich ist in der Eisenbrücke (in der Nähe des Schluchsees) vom Badenwerk ein Schacht und weiter südlich an der Straße Seeburg—St. Blasien ein wagrechter Stollen in den Berg getrieben worden, um zu erkunden, wie das Gestein in der für den Druckstollen des Schluchseewerkes vorgesehenen Lage beschaffen ist.

Bei diesen Arbeiten lag zu einem Eingreifen der Staatsbehörde kein Anlaß vor. Abgesehen von der Forststraße, sind staatliche Mittel nicht verwendet worden. Es handelt sich lediglich um Arbeiten, die das Badenwerk im Rahmen seiner Befugnisse und auf seine Kosten ausführen darf; eine Anhörung des Landtags war daher nicht geboten. Alle diese Vorarbeiten enthalten noch keinerlei Eingriffe in die natürlichen Abflußverhältnisse der Wasserläufe; sind außerhalb der Wasserläufe vorgenommen worden.

Das Projekt für die Oberstufe des Schluchseewerkes hat 6 Wochen offen gelegen. Eine Verlängerung dieser Frist kam, da sie gesetzlich (§ 54 Absatz 2 des Wassergesetzes) festgelegt ist, nicht in Betracht. Da es zulässig ist, Bedenken gegen das Unternehmen auch ohne ins Einzelgehende Darlegungen fürsorglich als Einsprache vorzubringen, im übrigen die Behörden auch von amtswegen zu prüfen haben, ob das Unternehmen für andere Grundstücke oder Wasserbenutzungsanlagen erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen kann, dürften Schwierigkeiten aus der beschränkten Offenlegungsfrist nicht erwachsen. Ich habe das schon des öfteren in Reden u. in Verantwortung von Schreiben mitgeteilt und darf deshalb wohl annehmen, daß die da und dort gerade wegen der Einspruchsfrist vorhandene Aufregung nunmehr geschwunden ist.

Das Staubecken südlich von St. Blasien gehört nicht zu dem ersten Ausbau des Werkes, für den jetzt die Verleihung beantragt ist. Es ist der Regierung bekannt, daß St. Blasien befürchtet, es könne durch die Anlage des Staubeckens die Reibelbildung begünstigt werden. Diese Frage wird zu gegebener Zeit mit aller Sorgfalt geprüft werden.

Die Regierung ist sich selbstverständlich der hohen Bedeutung bewußt, die St. Blasien als Kurort hat. Sie wird den künftigen Interessen selbstverständlich in weitestem Maße Rechnung tragen, wenn einmal die Frage der etwaigen Errichtung eines Staubeckens in der Alb der Verwirklichung näher gerückt sein wird.

Es wird weiter gefragt, ob Gegenmaßnahmen der Interessenten, welche bezwecken, die eintretenden Schädigungen für Gemeinden und Private auf das geringste Maß zurückzuführen, entgegengenommen und noch vor Abschluß des Verfahrens geprüft würden. Selbstverständlich ist die Regierung wie bisher schon bereit, Gegenmaßnahmen zu prüfen. Es sind allerdings die technischen Möglichkeiten schon seit langer Zeit nach allen Richtungen hin untersucht, so daß grundlegend Neues wohl kaum mehr vorgebracht werden können.

Daß der Ausbau des Schluchseewerkes die Industrien der betroffenen Landesteile zum Erliegen bringen könnte, ist völlig ausgeschlossen. Soweit Wasserkraft entzogen werden muß, kann und wird sie durch elektrische Kraft ersetzt werden, wie dies das Wassergesetz ausdrücklich vorsieht. Auf den derzeitigen Bedarf an Betriebswasser nimmt das Projekt Rücksicht.

Zum letzten Punkte der Anfrage, der Frage der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, liegen eingehende Berechnungen des Badenwerks vor, die sich auf reiche Erfahrungen und genaue Kenntnis des Elektrizitätsmarktes insbesondere im Südwesten des Reiches stützen. Diese Berechnungen bejahen die Wirtschaftlichkeit durchaus. Trotzdem wird das Badenwerk über die Frage der Wirtschaftlichkeit selbständige Gutachten zweier anerkannter unabhängiger Sachverständiger erheben, um jedem Vorwurf ungenügender Prüfung von vornherein die Berechtigung zu entziehen. Ich bin gerne bereit, diesem Hause feinerzeit Auskunft über das Ergebnis dieser gutachtlichen Untersuchungen zu erteilen. Ich habe mich auch bereit erklärt, darauf aufmerksam zu machen, daß in allen derartigen Berechnungen z. Bt. ein höchst ungewisser Faktor enthalten ist: der Zinssatz für Leihgeld. Deshalb möchte ich in Übereinstimmung mit dem Badenwerk unseren — eigentlich selbstverständlichen — Standpunkt mit aller Deutlichkeit und Genauigkeit aussprechen: Das Schluchseewerk wird erst dann und nur dann gebaut werden, wenn mit Kapitalzinsen gerechnet werden darf, die die Konkurrenzfähigkeit der im Werk erzeugten elektrischen Arbeit mit gleichwertiger Dampfkraft sicherstellen. Dabei muß auf die Gleichwertigkeit besonderer Nachdruck gelegt und die besondere Bedeutung hervorgehoben werden, die das Schluchseewerk im Rahmen der badischen Elektrizitätswirtschaft gerade als Spitzen- und Ergänzungswerk besitzt. Die selbständige Versorgung eines Bedarfsgebietes kommt für das Schluchseewerk, insbesondere aber für die in Rede stehende Oberstufe überhaupt nicht in Betracht.

Politische Neuigkeiten

Der Jahrestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

In Magdeburg fand am Sonntag die Feier des ersten Jahrestages der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer statt. Die Besucherzahl überstieg die Zahl von 100 000. Besonders herzlich begrüßt wurden die Gäste aus Deutsch-Osterreich, woher eine Abteilung des republikanischen Schutzbundes Deutsch-Osterreich unter der Führung des Ministers a. D. Dr. Deutsch gekommen war. Immer wieder erklang der heilige Wunsch, daß Deutsch-Osterreich zum Deutschen Reich kommen möge. Deutsch richtete einen Appell an die Demokraten in England und Frankreich, sie möchten den innigen Wunsch von 7 Millionen Deutsch-Osterreichern verstehen, ein Teil des großen deutschen Volkes zu werden, so daß sich damit der Gedanke der Selbstbestimmung der Völker erfüllen möge. Unter den reichsdeutschen Rednern unterstrich besonders der Staatsminister a. D. Dr. Saas-Karlsruhe den Wunsch nach Vereinigung. Er sagte, die Lösung, die man in Versailles gefunden habe, sei keine Lösung. Die Menschen drüben in Deutsch-Osterreich gingen wirtschaftlich und geistig zugrunde, wenn diese Lösung bestehen bliebe. Was auch immer Unrecht und Gewalt bestimmen mögen, einen Glauben könne man uns nicht nehmen, nämlich, daß wir und die Deutschen in Osterreich zusammengehören.

Bei dem Festakt in dem prächtig geschmückten Stadttheater bemerkte man unter den Gästen außer dem Oberbürgermeister Magdeburgs und dem Regierungspräsidenten Magdeburgs, General Schönaich, Reichsminister a. D. Birth, Reichstagspräsident Lobe und Reichstagsabgeordneter Erkelens. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hering, gedachte in seiner Rede zuerst der Toten von Dortmund; er gab die Zahl der dem Reichsbanner angehörenden Verunglückten auf 83 an. In einem Jahre habe die Reichsbannermitgliederzahl 3 Millionen erreicht. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Monarchisten in der Polizei und in der Justiz, zu der der größte Teil der Republikaner das Vertrauen verloren habe. Aufgabe der republikanischen Polizei sei es, Verwaltung und Schule mit allen zur Verfügung stehenden Kräften zu demokratisieren. In ähnlichem Sinne sprach Lobe. Mit stürmischem Beifall, der sich am Schluß seiner Rede wiederholte, wurde Birth begrüßt, der die Einheit aller Republikaner betonte und für einen Staat der sozialen Gerechtigkeit eintrat. Nach den Reden von Dr. Saas, Minister a. D. Deutsch, General Schönaich und des Oberpräsidenten Hering schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Republik.

Auf dem Domplatz fand eine große republikanische Demonstration statt, an der sich über 100 000 Reichsbannerleute beteiligten und wobei Reichsminister a. D. Müller-Frankau, Reichstagsabgeordneter Erkelens, ein Vertreter des Bundeshortbundes, ein Vertreter des republikanischen Schutzbundes, Deutsch-Osterreich, Dr. Pöcher-Wien, Ansprachen hielten. Nach Abendung eines Telegramms an den Reichspräsidenten, in dem diesem unwandelbare Treue gelobt wird, wurde ein dreifaches Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht, worauf man die dritte Strophe des Deutschlandliedes sang. Darauf formierten sich die Abteilungen zu einem Umzug durch die Stadt, um dann in die einzelnen Standquartiere abzurücken. Die Feier ist ohne jede Störung verlaufen.

Das Anwachsen der Wohlfahrtspflege

Nachdem die Kriegsfolgenhilfe von Reichswegen zur reinen Selbstverwaltung Angelegenheit gemacht und die Mittelaufbringung für die Kriegsoffer — abgesehen von den Renten der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen — auf die Gemeinden und Gemeindeverbände abgewälzt worden ist, hat der Deutsche Städtetag durch eine Erhebung bei 41 Großstädten und bei 12 Mittelstädten über die Größe der Lasten nennenswertes folgendes festgestellt:

Die Kopfzahl der von den Städten unterstützten Armen in geschlossener und offener Fürsorge, der von ihnen unterstützten Reichsversicherungrentner, Kleinrentner, Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen und nicht versicherten Wöchnerinnen einschließlich ihrer Angehörigen beträgt in den Großstädten durchschnittlich 8,7 v. H., in den besagten Mittelstädten 4,88 v. H. der städtischen Bevölkerung. Wenn man berücksichtigt, daß im ganzen Reich einschließlich der Angehörigen gegenwärtig etwa 2 v. H. der Gesamtbevölkerung Erwerbslosenunterstützung empfangen, und daß die meisten Erwerbslosen in den Städten wohnen, so ergibt sich die traurige Tatsache, daß rund 7 bis 8 v. H. der städtischen Bevölkerung auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, während im Frieden diese Zahl gewöhnlich etwa 1 v. H. betragen hat.

Hierdurch ist die außerordentliche Belastung der erwerbsfähigen Bevölkerung mit den Kosten für den Unterhaltungsbedarf der angeschwollenen Anzahl der Hilfsbedürftigen leicht erklärlich. Sie beträgt jetzt (ohne die Erwerbslosenfürsorge) in den Großstädten 1,88 M. monatlich auf den Kopf der Großstadtbewölkerung. Der Finanzbedarf für die Wohlfahrtspflege in den städtischen Haushaltsplänen umfaßt nahezu ein volles Drittel aller Ausgaben, während er im Frieden nur 12,3 v. H. betragen hat. Er hat also fast die dreifache Bedeutung erlangt.

Die Klagen der Städte über die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden erhalten hierdurch eine weitere Erläuterung. Sie richten sich sowohl gegen den Gesamteffekt des Ausgleichs als insbesondere auch gegen seine völlig ungleiche Wirkung in den verschiedenen Städten.

Gemeindevahlen in Thüringen

Die Gemeinde- und Kreisratswahlen im Lande Thüringen am Sonntag haben einen ruhigen Verlauf genommen. Die Wahlbeteiligung war geringer als bei den Reichstagswahlen, sie dürfte im Durchschnitt kaum mehr als 60 Prozent betragen haben.

Es liegen folgende Ergebnisse vor: Oera 18 Bürgerliche, 14 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten. Bisher gehörten dem Stadtrat an: 14 Sozialdemokraten, 17 Bürgerliche, 4 Kommunisten. Oettha 10 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten, 3 Bällische, 2 Demokraten, 17 Bürgerliche. Die Bürgerpartei gewann einen Sitz, Jena Sozialdemokraten 10, Kommunisten 6, Demokraten 5, Bürgerbund 14. Die Zusammensetzung des Stadtrates bleibt unverändert. Amstorf Bürgerliche 16 (16), Sozialdemokraten 11 (10), Kommunisten 4 (6). Weimar Städtische Vereinigung 5390 Stimmen, Sozialdemokraten 3332, Kommunisten 1157, Sparerbund 1776, Vereinigung für Volkswohlfahrt 1840, Angestellte 693, Mieterklub 870, Nationalsozialisten 768, Eisenach Demokraten 1277, U.S.P.D. 462, Kommunisten 1375, Beamte und Angestellte 90, Sozialdemokraten 6363, Aufwertungssitze 630, Einheitsliste 7720. Die bürgerlichen Bewohner erhalten voranschließlich etwa 19 Sitze, die Linkspartheien etwa 16 Sitze. Meiningen, Kommunisten 469 Stimmen, Beamte 850, Wirtschaftspartei 833, Nationalsozialisten 289.

Die Vereinigung der Gemeinde Meiningen 287, Sozialdemokraten 1002, Deutschnationale 988 und Demokraten 1244 Stimmen.

In Rowawes bei Potsdam, das erst kürzlich Stadtrecht erhalten hat, wurde am Sonntag das erste Stadtparlament gewählt. Die Wahlen, an denen sich etwa 75 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligten, verliefen ohne Störung. Es erhielten die Sozialdemokraten 4667 Stimmen und 13 Sitze, die Bürgerliche Vereinigung (Deutschnationale Volkspartei, Zentrum und Bällische) 4830 Stimmen und 14 Sitze, Kommunisten 1183 Stimmen und 3 Sitze, Demokraten 830 Stimmen und 2 Sitze. Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember vorigen Jahres hatten die Demokraten 849, der Reichsbanner 6078, die Sozialdemokraten 5378 und die Kommunisten 1430 Stimmen erhalten.

Deutschland und Osterreich

Die Ausführungen Stresemanns bei der Reichstagsberatung über den Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen, insbesondere die Erklärung, daß Deutschland trotz aller Hindernisse fest entschlossen sei, die Beziehungen zu Osterreich enger zu gestalten, rief in Wien ein freudiges Echo hervor. Insbesondere wird die Mitteilung der Absicht begrüßt, die wechselseitigen Eidermerkungsbeschränkungen aufzuheben.

Die „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“ schreibt: Die Worte, welche Stresemann im Reichstag gesprochen hat, werden in den weitesten Kreisen Deutsch-Osterreichs ein freudiges Echo erwecken. Wir wollen dem Vertreter der Reichsregierung warmen Dank für das Wort, das er geprägt hat: „Wenn es nach dem Willen beider Völker ginge, würden wir ein Land und eine Wirtschaftsgemeinde sein.“

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Die von einem Teil der Pariser Presse über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gebrachten alarmierenden Meldungen sind — wie die Berliner Blätter hören — unzutreffend. Die Verhandlungen werden vielmehr von beiden Seiten in ruhiger und sachlicher Form weitergeführt. Man hofft, nach der Rückkehr des französischen Handelsministers von Marseille nach Paris, die am Donnerstag erfolgen wird, eine Einigungsformel zu finden. Sollten sich jedoch gewisse Schwierigkeiten nicht überwinden lassen, so ist damit zu rechnen, daß eine „technische Aubeaufse“ eintreten wird. Auch die Nachrichten französischer Blätter, daß Staatssekretär Trevelenburger zur Einholung neuer Instruktionen nach Berlin kommen wird, trifft den Blättern zufolge, nicht zu.

Das Befinden des Königs von England. Die Besserung im Befinden des Königs, der an einer schweren Bronchitis erkrankt ist, macht, wie aus London gemeldet wird, langsame Fortschritte. Die Ärzte haben dem König angeraten, nach Wiederherstellung seiner Gesundheit auf seiner Jagd eine Reise nach Südeuropa zu machen.

Preß Association meldet, daß die Ärzte gestern nachmittag lange Zeit beim König weilten. In dem von ihnen gestern abend um 8 Uhr veröffentlichten Bulletin heißt es u. a. noch, daß die Infuzions des Königs zu Beginn schwer war und daß sich die Bronchitis auf die untersten Teile der Lunge ausgedehnte, eine Form der Krankheit, die langwierig und hartnäckig sein könne.

Die Brotversorgung Wiens. Wie aus Wien gemeldet wird, wurde sowohl gegen den Generaldirektor Dr. Alfred Fried, wie gegen den Hauptaktionär der Ankerbrotfabrik Fritz Mendel Anklage wegen Preisbreiher erhoben. Die Ankerbrotfabrik ist das größte Wiener Brotunternehmen. Es versorgt 50 Prozent der Stadt mit Brot. — Außerdem wurde am Sonntag in einer Versammlung der Angehörigen sämtlicher Brot erzeugender Betriebe die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung nochmals erhoben. Es wurde beschlossen, den Brot erzeugern bis Freitag befristetes Ultimatum zu überreichen. Wird dies nicht angenommen, so drohen die Angestellten mit Streik.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident hat an Prof. Jaech anlässlich seines 50. Geburtstages gestern folgendes Telegramm gerichtet: Zum 50. Geburtstag übermittle ich Ihnen, dem verdienstvollen Gründer und Leiter der Deutschen Hochschule für Politik, meine herzlichsten Glückwünsche. Reichspräsident Ebert.

Zur Abstimmung im Preussischen Landtag. Der „Berliner Lokalanz.“ will wissen, daß die beiden Zentrumsabgeordneten v. Papp und Bismarck, die durch ihr angeblich absichtliches Fehlen bei der Abstimmung im Landtag den Schutz des Kabinetts Marx mißbraucht haben wollen, den Beschluß der Zentrumsfraktion, der sie zur Niederlegung ihrer Mandate auffordert, nicht Folge leisten, sondern sich einer Reichspartei anschließen.

Eine Weineidsaffäre beim Magdeburger Prozeß. Dem „B.“ zufolge, wird ein gewisser im Ausburger Untersuchungsgegenstand befindlicher Jübor Kreil von der Staatsanwaltschaft als dringend verdächtig bezeichnet, sich zum Weineid gegen den Reichspräsidenten im Magdeburger Prozeß angeboten zu haben.

Die Eisenbahnerlöhne. In dieser Woche wird sich der Vorstand der deutschen Reichsbahngesellschaft (nicht der Verwaltungsrat, wie von anderer Seite verbreitet wurde), mit der Frage einer Lohn- und Gehaltssteigerung für das Eisenbahnpersonal beschäftigen.

Winkler deutschnationaler Parteivorsitzender. Der deutsch-nationale Vertretertag wählte einstimmig durch Zufall den Abgeordneten Dr. Winkler zum Vorsitzenden der Partei.

Der Führer der südlawischen Deutschen wieder hergestellt. Im Zusammenhang mit den Meldungen über die Verhaftung der Anführer des Angriffs auf den Führer der deutschen Partei in Jugoslawien, Dr. Kraft, berichten die Blätter, daß Kraft vollständig wieder hergestellt das Sanatorium verlassen hat.

Der Prozeß gegen den Hauptmann Saboul. Nach einer Hofmeldung aus Orleans hat das Kriegsgericht die ergänzende Voruntersuchung gegen den am 29. November 1919 in Anwesenheit wegen Desertion vor dem Feinde zum Tode verurteilten Hauptmann Saboul nahezu beendet. Man nimmt an, daß der Prozeß Anfangs April vor dem Kriegsgericht in Orleans stattfinden und 3 bis 4 Sitzungen in Anspruch nehmen werde.

Die Arbeitspflicht in Bulgarien soll durch ein besonderes Gesetz neu geregelt werden. Das Gesetz will das Volk an kollektive Arbeit und Fleiß gewöhnen, insbesondere zum Bau von Landstraßen, Eisenbahnen, Kanälen, Wasserleitungen, Ent- und Bewässerungsanlagen usw. erziehen. Außer der gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht, die jeder Bürger des Landes von 20 bis 40 Jahren ausüben muß, ist eine ordentliche Dienstpflicht für diejenigen jungen Leute vorgesehen, die nicht in der Arme gedient haben.

Neuwahlen in Belgien. Die „Etoile Belge“ in Brüssel veröffentlicht ein Interview mit einem Vertreter der Regierung, wonach die Auflösung des Parlaments in etwa 14 Tagen verfügt und die Neuwahlen auf den 5. April angelegt würden, also einen Monat früher, als das Gesetz es vorsieht.

Badischer Teil

Dankschreiben des Reichskanzlers

Dem badischen Staatspräsidenten ist ein Dankschreiben des Reichskanzlers Dr. Luitzer zugegangen, worin es u. a. heißt: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen den Ausdruck meines Dankes für die freundliche Aufnahme, die ich in Karlsruhe gefunden habe, auch schriftlich zu übermitteln. Solche Ausdrücke, wie sie in Karlsruhe gepflogen wurden, führen beiden Teilen die Schwierigkeiten und Sorgen des anderen Teiles klar vor Augen und sind daher meines Erachtens besonders geeignet, zu dem notwendigen Ausgleich etwa widerstreitender Anschauungen und Belange zu kommen und so das Wohl des gesamten deutschen Volkes, das uns allen gleichmäßig am Herzen liegt, zu fördern.“

Badischer Landtag

Öffentliche Landtagsitzung

Die Tagesordnung für die am Donnerstag, 26. Februar, vormittags 9 Uhr, festgesetzte Plenar-Versammlung ist wie folgt festgesetzt:

1. Fortsetzung der Beratung über die Anträge der Abgeordneten:
 - a) Fischer-Freiburg u. Gen., Bahn Titisee—St. Blasien und damit in Verbindung die Gesuche wegen desselben Gegenstandes
 - b) der Gemeinden Alglashütten, Rarental, Falkau, Neuglashütten, der Falkauer Industrie und des Feldberger Hotelgewerbes,
 - c) der Handelskammer Freiburg
 - d) der Stadtgemeinde St. Blasien,
 - e) Dr. Schofer u. Gen., Weiterbau der Renchtalbahn,
 - f) Maier-Heidelberg u. Gen., Ausbau der Bahnstrecke Neufarjemaad—Schönan,
 - g) Richter-Plattner Abg. Fischer-Freiburg und damit in Verbindung Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Wiser u. Gen., Ausbau der Murgtalbahn zwischen Kammgach und Klosterreichenbach.
2. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Dr. Schofer u. Gen., Änderung der 3. Steuernotverordnung in bezug auf die Aufwertungsfrage, samt einschlägigen Gesuchen.

Eingänge

Dem Landtag ist eine Novelle zum Einkommensteuergesetz zugegangen. Sie betrifft die Verlängerung der Frist zur dauernden Festlegung der Verhältniszahl für die kirchliche Besteuerung der Einkommen einerseits und der Grund- und Gewerbesteuerwerten andererseits bis zum 1. April 1930. Bis dahin hofft man brauchbare Unterlagen zu gewinnen. In der Übergangszeit bestimmt das Staatsministerium das Verhältnis zwischen der Belastung von Einkommen und Gewerbesteuerwerten.

Die badischen Gemeindebeamten gegen das Befoldungsperrgesetz

Im „Friedrichshof“ in Karlsruhe fand am Mittwoch abend eine auch von auswärtigen Kollegen stark besuchte Gemeindebeamtenversammlung statt, um Stellung zur jüngsten Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Befoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten zu nehmen. Nach einem Referat des Rev.-Oberinspektors Böhlinger wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der auf das Entschiedenste gegen das Vorgehen des Reichsfinanzministers zur Herabsetzung des Befoldungsperrgesetzes Stellung genommen wird. Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums gäbe die Gemeindebeamten Deutschlands der öffentlichen Verfolgung preis. Diese Wirkung werde durch die Veröffentlichung der Denkschrift im Reichsbefoldungsblatt verschärft. Die badische Gemeindebeamtenchaft fordert ihre Spitzenorganisation auf, die unzutreffenden Behauptungen in der Denkschrift zu widerlegen und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Öffentlichkeit von der Unwahrheit der Erhaltung des Befoldungsperrgesetzes aufzuklären. Sie erwarten von den Organisationen der badischen Städte und Gemeinden, daß sie sich im Interesse der Gemeinden gegen die Aktion des Reichsfinanzministers energisch zur Wehr setzen.

Außerdem richtete die Versammlung an den Reichstag ein Telegramm, in dem gegen die Denkschrift Protest erhoben und vom Reichstag die Aufhebung des Befoldungsperrgesetzes erwartet wird.

Badisches Landestheater

Baccacio

Viele Worte lohnen weder Wert noch seine Neuestudierung. Franz von Suppé's komische Oper ist als saubere und selbstbewußte Musik zu bezeichnen, um erneut im Detail gelobt zu werden. Die Neuestudierung gab dem niedrigen Wert, von der Oper her beleuchteten Spiel manch prächtigen Reiz, ohne jedoch für dieses Jülat aus der klassischen Zeit der Cretta eine wirklich originelle Art zu finden. Vielleicht ist das bei dem „Baccacio“ unmöglich, obwohl er unter den 211 Opernarbeiten Suppé's zu den letzten, reifsten und populärsten zählt.

Die Wirkung des Abends hing einmal von der Hof-moße des Titelhelden — Franz von Suppé, der sonst ganz innerliche, wußte schon davor zu schätzen — und andererseits von den rührenden frischen Duetten und Ensembles ab, die das Werk besitzt. Victoria Hoffmann-Brewer verstand ihre musikalische Verkleidung sehr Bühnenwirksam zu gestalten, musikalisch hand sie dabei weit über der üblichen Theateroutine. Bienenfische Müheligkeit lag auf der Gestalt Piamettas (Cete Stehert), frisch und temperamentvoll hielt sich Senta Besebisch (Isabella). Fast zu feuch und zu herzlich war allerdings Hilde Bah-Hohmanns Beatrice, ein guter Typus hingegen die Keronella von Marie Josef-Tomshil. Unter den männlichen Vertretern der Operette, die heute trotz Johann Strauß noch blüht, zeichneten sich von hiesigen Kräften aus: Alfred Glas, Hans Busard, Karlheinz Wiser und vor allem Fritz Sande, der auch durch etliche zeitgemäße Barlandskomturen sein Publikum erheiterte. In Gustav Fränkel (Freiburg) wurde ein Prinz von Palermo auf die Bretter gestellt, der allen Ansprüchen wohl genügen konnte. Außer Wilsch-Schweppe, der die musikalische Leitung besorgte, und Hans Busard, der zugleich für die Inszenierung verantwortlich war, noch weitere Namen des umfangreichen Stabes hier aufzuführen, sei dem Leser ersparen. Der Erfolg war stark und dankbar, soweit das bei einem Werk noch möglich ist, das auf der einen Seite gern ein Opernluftspiel sein möchte, auf der anderen aber doch eine große Familienähnlichkeit mit reichlich abgelagerter Sentimentalität hat.

Kommunale Rundschau

Bautätigkeit in Heidelberg. Im Jahre 1924 wurden in Heidelberg 529 Baugesuche an die Baupolizei gerichtet. Neubauten erfolgten im gleichen Jahre 127 und größere Umbauten 104. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Bautätigkeit im Jahre 1925 bedeutend größer werden.

Der Haushaltsplan der Stadt Forstheim stellt sich in den Gesamtausgaben auf 8 959 500 Mark, den Gesamteinnahmen auf 7 599 000 Mark. Zur Deckung des Fehlbetrags von 1 360 000 Mark ist eine Gemeindefeuer von 84 Pfg. und für Rechnung des Kreises Karlsruhe eine Kreissteuer von 2 Pfg. von je 100 Mark Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens zu erheben.

Der gemischte beschließende Ausschuss der Stadt Kastatt, der für gestern abend zu einer Sitzung einberufen war, genehmigte nach einer erschöpfenden Darlegung durch den Vorsitzenden Oberbürgermeister Kemmer, die Aufnahme eines Darlehens von 750 000 M. von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin. Das Darlehen wird auf die Frist von fünf Jahren gegeben und ist in seinem Restbetrag nach Heimzahlung von Verpflichtungen zur Herabgabe der Hypotheken bei angemessenem Zinsfuß bestimmt, das Bauen zu erleichtern und damit der Wohnungsnot abzuhelfen.

Der Haushalt der Gemeinde Malsch l. Etlingen. Zu der Meldung, daß der Bürgerausschuß den Voranschlag für 1924/25 abgelehnt hat und infolgedessen die Gemeindeverwaltung mit den Wirtschaftsmitteln vorläufig auskommen muß, wird noch berichtet: Dem Bürgerausschuß ist es nicht schwer gefallen, diesen Beschluß zu fassen, denn die Gemeinde Malsch ist eine der wenigen Gemeinden, die in der glücklichen Lage ist, den Gemeindehaushalt ohne Erhebung einer neuemwerteten Umlage zu bestreiten. Aus den großen und sehr schönen Waldungen werden jährlich 10 000 Festmeter Holz geschlagen. Hiervon bekommen 600 Gemeinde-Altbürger je 10 Eter und 200 sog. Jungbürger je 4 Eter Brennholz zugewiesen. Aufwähler können zugunsten der Gemeindefeuer veräußert und aus dem Erlös des Gemeindehaushalts zum großen Teil bestritten werden.

Der Bürgerausschuß Gaggenau erteilte der Stadt Sparkasse das Recht, bei der Girozentrale Mannheim ein Darlehen von 100 000 M. zur Befriedigung ihrer Kunden aufzunehmen.

Ein städtisches Lehrlingsheim in Kastatt. Der Stadtrat Kastatt beschloß ein Lehrlingsheim zu errichten. Er ging dabei von der Erwägung aus, daß Waisenknaben und sonstige in öffentlicher Fürsorge befindliche junge Leute nicht in Lehrstellen untergebracht werden können, wenn nicht für ihre Unterkunft und Verpflegung gesorgt ist, da selten mehr ein Lehrherr Kost und Wohnung gebe. Das Lehrlingsheim werde den unversorgten Lehrlingen das Elternhaus ersetzen und so eine wahre soziale Mission erfüllen.

Zur Förderung von Kunst und Ordnung. Das Bürgermeisteramt von Haslach i. R. hat den Schulkindern und Fortbildungsschülern streng verboten, nach 7 Uhr abends (von März an nach 8 Uhr, im Sommer 9.30) ohne Ermächtigung auf der Straße zu sein. Zuwiderhandlungen ziehen Strafen von 60 Mark oder 14 Tagen Haft für Eltern und Meister nach sich.

Aus der Landeshauptstadt

Ehren-Senator. Die Badische Technische Hochschule zu Karlsruhe hat dem Ingenieur Theodor Bürgin in Schaffhausen die Würde eines Senators ehrenhalber verliehen. Herr Bürgin hat der Karlsruher Hochschule, zu deren ehemaligen Schüler er gehört, in schwerer Zeit freundnachbarliche Hilfe geleistet und aus eigenen Mitteln, sowie durch Werbungen aus Freundeskreisen die notleidende Karlsruher Studentenschaft im Kampfe um das nackte Dasein aus fräftigste unterstützt.

Ein Jubilar der Arbeit. Herr Sigmund Müller kann auf eine 50jährige Tätigkeit als Schlosser bei der Firma Junfer und Nöh zurückblicken.

Verbindlichkeitsklärung. Der vom Karlsruher Schlichtungsausschuß unterm 8. Februar gefällte Schiedsspruch, daß die Löhne der im Karlsruher Großhandel beschäftigten Arbeiter mit Wirkung vom 25. Januar um 7 Prozent zu erhöhen sind, wurde am 16. Februar vom Landeslichter, Landrat Stehle, für verbindlich erklärt. Demzufolge wurde zwischen dem Zentralverband des deutschen Großhandels e. V., Ortsgruppe Karlsruhe, und dem Deutschen Verlehrsband, Abt. Handelsarbeiter Karlsruhe, ein neues Abkommen abgeschlossen. Damit ist die Lohnbewegung zu Ende geführt, die schon seit Mitte November d. J. schwebte.

Karlsruhe als Kongressstadt. Die hiesige Ortsgruppe des Hilfsbundes der Elbehochringer im Reich (aus Elbehochringer Verdränge) hatte, wie seinerzeit berichtet, auf dem vorjährigen Bundestag des Hilfsbundes in Würzburg beantragt, als Ort der diesjährigen Tagung des Hilfsbundes Karlsruhe zu wählen. Nunmehr ist die Entscheidung dahin gefallen, daß der geschäftsführende Ausschuß des Hilfsbundes beschlossen hat, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die diesjährige Bundestagung in Karlsruhe stattfinden zu lassen. Damit ist Karlsruhe als Tagungsort für den diesjährigen Bundestag des Hilfsbundes der Elbehochringer im Reich gesichert. Die Tagung dürfte im August oder September d. J. stattfinden und nach Karlsruhe wie üblich eine sehr große Zahl von Teilnehmern bringen.

Geschäftsverlegung. Die Geschäftsstelle der Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung G.m.b.H., bisher Mathystraße 38, befindet sich seit einigen Tagen in den vollständig neu hergerichteten Räumen des der Stadt gehörigen Gebäudes Beiertheimer Allee 10 nächst dem Konzerthaus. Die Vorführungen finden selbstredend nach wie vor im Konzerthaus statt. Die Gesellschaft ist nunmehr mit Nr. 4560 und 4561 an das Fernsprechnetz angeschlossen (seitler 2709).

Kolosseum. Vom 16.—28. Februar wird eine große Fashings-Revue in 9 Bildern gegeben, die ausgezeichnet unterhält. Die Hauskapelle unter Schüttes Leitung liefert dazu die verbindende Musik. Die ganze Aufführung ist recht ansprechend und bietet eine angenehme Abwechslung.

Gegen die Bürgermeistereiwahl in Schutterwald hatte das Zentrum Einspruch erhoben. Dieser Einspruch wurde nunmehr zurückgezogen. Indessen wurde einer der Punkte des Einspruchs vom Bezirksamt aufgegriffen und insofern wird die Sache noch vor dem Bezirksrat zur Verhandlung kommen.

Der Gemeinderat Schweningen hat die Einführung der Gasversorgung beschlossen, und zwar soll es durch Fernleitung die etwa 60 000 Mark kosten, aus Billingen bezogen werden.

Aufhebung der Milchzentrale in Rehl. Die Stadt Rehl beabsichtigt, die Milchzentrale aufzuheben. Jedoch sollen zuvor noch Verhandlungen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften gepflogen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wiesloch, 18. Febr. Im Bergwerk bei Baiertal ging gestern ein Sprengschuß zu früh los, wobei die Arbeiter Weigel aus Wiesloch und Heinrich Scheerer aus Alt-Wiesloch schwer verletzt wurden. Der Letztere mußte mittels Autos nach Heidelberg verbracht werden.

Bauschlöß (Amt Forstheim), 19. Febr. Der Ertrag der lehtjährigen Tabakernte mit rund 200 Zentner kam gestern hier auf die Waage. Käufer ist die Firma Kay in Bruchsal. Preis für den Zentner 35 Mark. Dieser Preis bedeutet für die hiesigen Pflanzler infolge des Preissturzes auf dem Tabakmarkt eine Wenigereinnahme von rund 2000 Mark, da noch vor wenigen Wochen für den Zentner ein wesentlich höherer Preis zu erzielen war. Der Preissturz hat seine Hauptursache in der vermehrten Einfuhr von Anstandstabaken infolge niedrigerer Einfuhrzölle.

Forstheim, 20. Febr. Gestern nachmittag starb im Krankenhaus unerwartet Stadtrat Wilhelm Jourdan im Alter von beinahe 70 Jahren an Herzlähmung. Vor acht Tagen hatte er sich einer kleinen Bruchoperation unterzogen, die gut verlief. Jourdan ist der Mitbegründer der Billfirma Kollmar & Jourdan. 1899 zog er sich ins Privatleben zurück, widmete sich aber unausgesetzt, noch bis in die letzten Wochen hinein, öffentlichen Angelegenheiten. Dem Stadtverordnetenkollegium gehörte er von 1890—96 an. Seit 1908 war er Stadtrat.

Heidelberg, 21. Febr. In einem Verleibungsprozeß des Kinobesizers Max Drucker wurde der angeklagte Redakteur Heinrich Oßler vom „Fälzer Boten“ unter Jubilation des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) freigesprochen, nachdem er in erster Instanz zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. Er hatte eine Filmvorführung unter dem Gesichtspunkte der sittlichen Gefährdung der Jugend scharf kritisiert.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. Febr.		19. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.29	168.71	168.02	168.44
Kopenhagen 100 Kr.	74.73	74.91	74.61	74.79
Italien . . . 100 L.	17.20	17.24	17.94	17.98
London . . . 1 Pf.	19.95	19.98	19.95	20.05
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.93	21.99	21.82	21.89
Schweiz . . . 100 Fr.	80.65	80.65	80.57	80.67
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Prag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.44	12.45

Stellung überall 100 Prozent

Verschiedenes

Beisehung der Opfer Gaarmanns

Samstag nachmittag wurden auf dem Stöckener Friedhof in Hannover die Leichen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Gebeine der 27 Opfer Gaarmanns in einem Sarg beigesetzt. Der Zutritt zum Friedhof und zur Kapelle war durch ein starkes Polizeiaufgebot gesperrt, und nur den Angehörigen sowie den mit Karten versehenen Personen gestattet.

Schneefall in Norddeutschland

W.D. Berlin, 23. Febr. Über Nacht ist hier starker Schneefall eingetreten, der heute früh noch anhält.

W.D. Weisk, 23. Febr. Gestern abend und über Nacht ist hier bei 1 bis 2 Grad Kälte leichter Schneefall eingetreten.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat März noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich tun**, da mit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Konsularische Vertretung Finnlands.

Der bisherige finnische Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin, Dr. Hjalmar Oßes, ist zum finnischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm von seiten des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen auch in Baden hiermit zugelassen.

Karlsruhe, den 16. Februar 1925.

Badisches Staatsministerium

Dr. Heilpach.

Bekanntmachung

Auf Grund der gemäß §§ 1—3 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 873) abgelegten Prüfung wurden die nachgenannten Verwaltungsanwärter als für den gehobenen mittleren Dienst der inneren Verwaltung befähigt erklärt und zu Verwaltungspraktikanten ernannt:

Friedrich Adam von Mannheim, Wilhelm Wilsch von Mannheim, Wilhelm Bohnert von Basel, Helene Böhner von Heidelberg, Josef Dringer von Mannheim, Ewald Eibl von Lahr, Wilhelm Franz von Mannheim, Arthur Fremmer von Karlsruhe, Eugen Hoffmann von Karlsruhe, Erwin Probst von Leutershausen, Rius Ruf von Schwellingen, Josef Serwatus von Potsdam, Alfred Theobald von Karlsruhe und Max Weingärtner von Mannheim.

Karlsruhe, den 16. Februar 1925.

Der Minister des Innern

Remmelé

Nr. 18866.

Bekanntmachung eines Gedenktages für die Kriegsoffer am 1. März 1925.

An die Bezirksämter und die Herren Landeskommissäre.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wird im Benehmen mit allen in Betracht kommenden Organisationen den 1. März 1925 als Gedenktag für die Opfer des Krieges feierlich begehen und für die notwendigen Veranlassungen Sorge tragen.

Die Bezirksämter werden angewiesen, an dem genannten Tage die Dienstgebäude halbmäßig zu flaggen und den Gemeinden nahezu legen, in gleicher Weise zu verfahren.

Karlsruhe, den 18. Februar 1925.

Der Minister des Innern

Remmelé

